

Rentenerhöhung?

Von Prof. Dr. Horst Bischoff und Wolfgang Schmidt

Möglicherweise schon am 9. April 2008 will das Bundeskabinett die nötigen Änderungen beschließen, um durch Aussetzung des »Riester-Faktors« eine Rentenerhöhung von 1,1 % statt 0,46 % ab 1. Juli 2008 auf den Weg zu bringen. Auch 2009 soll auf die »Dämpfung« des Rentenanstieges nach der Formel des einstigen sozialdemokratischen Ministers verzichtet werden, meldet die »Berliner Zeitung« am 29.03.2008. Die »Anstiegsdämpfung« werde aber in den Jahren 2012/2013 nachgeholt.

Die noble Begründung lautet, dass man die Rentner »am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben lassen« wolle. Es geht also nicht um Wahlspeck für die 2009 anstehenden Bundestagswahlen – oder doch?

CDU/CSU-Politiker, das FDP-Lager und vor allem die »Arbeitgeber«-Verbände sind von dieser Idee keinesfalls begeistert. Wenn der Staat schon Geld ausgibt, dann gefälligst zur Absicherung des Wirtschaftswachstums und zur Erhaltung der Arbeitsplätze, wie Profitgier heute allgemein und wohlgefällig umschrieben wird.

Die Regierung hat jedoch viele Gründe, ihre soziale Ader für die Rentner zu entdecken. Nicht nur, weil es sich um mehr als 20 Millionen Wähler handelt, sondern auch, weil genau dieser Personengruppe neue Zumutungen ins Haus stehen. So wird der Beitrag für die Pflegeversicherung ab 1. Juli 2008 um 0,25 % steigen, und spätestens ab 2009 sollen mit der Einführung des einheitlichen Beitragssatzes für einen Gesundheitsfond die Krankenkassenbeiträge vermutlich um mindestens 0,5 % angehoben und danach durch die einzelnen Krankenkassen weiter in die Höhe getrieben werden.

Vor allem aber nagt die Inflation am realen Wert der gezahlten Renten. Sie erreichte im März 2008 den Rekordwert von 3,1 %, wobei Energie, Benzin und Diesel mit 14,4%, Heizöl mit bis zu 44,3% und Nahrungsmittel mit bis zu 9,6% die größten Preistreiber waren.

Nach Berechnungen der »Berliner Zeitung« vom 29.03.2008 haben die Renten im Osten in den letzten vier Jahren allein durch die Inflation 7,1 % ihres realen Wertes verloren. Diese hauptsächlich von der großen Koalition zu verantwortende Entwicklung wird sich beschleunigt fortsetzen. Trotz 1,1 % Rentensteigerung werden

also die Renten auch weiter deutlich hinter dem Preisanstieg zurückbleiben.

Weit in die Ferne rückt eine Angleichung der Rentenwerte Ost an West. Noch sind genaue Zahlen nicht bekannt. Wenn aber die beabsichtigten Rentensteigerungen 1,03 % im Westen und 1,13 % im Osten betragen sollen, dann sind bei Beibehaltung dieses Tempos gleiche Lebensverhältnisse der Rentner in genau 31,8 Jahren zu erwarten, allerdings nur unter der recht unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass jährlich Rentenerhöhungen, noch dazu in den gleichen Proportionen erfolgen.

Hauptargument der Gegner der nun wirklich nicht umwerfenden Rentenerhöhungen ist deren angeblich nicht gewährleistete Finanzierung. Die Unternehmerverbände malen bereits Mehrausgaben von 12 Milliarden € bis 2013 an die Wand, die nach ihrer Auffassung nicht gedeckt seien – was allerdings bei Weiterführung der bisherigen Finanz- und Haushaltspolitik durchaus traurige Wahrheit werden kann. In der Tat: die Abwehr von Altersarmut ist nur durch einen Systemwechsel zu erreichen.

Die ständige Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der reichen Oberschicht, wie sie am krassesten in der erheblichen Senkung der Spitzensteuersätze zum Ausdruck kam, muss

beendet werden. Dass selbst solche auch in der kapitalistischen Welt als niedrig anzusehenden Spaltensteuersätze durch legale Steuertricks und Verlagerung von Vermögen ins Ausland ständig umgangen werden, soll hier nicht weiter erörtert werden. »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Selbst eine Enteignung ist zum Wohle der Allgemeinheit zulässig, heißt es in den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes.

Ist es nicht an der Zeit, über eine stärkere staatliche Kontrolle oder Verstaatlichung der großen Energiekonzerne nachzudenken, deren Profitgier offenbar keine Grenzen mehr kennt? Warum müssen Steuerzahler einspringen, um Fehlspeditionen von Banken und deren Verluste auszugleichen? Allein die IKB musste kürzlich mit 8,5 Milliarden € gestützt werden. Selbst der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann (Jahreseinkommen 2007: 13,98 Millionen €), fordert jetzt staatliche Hilfe, »um das Vertrauen in die globalen Finanzmärkte wieder herzustellen« (Handelsblatt vom 18.03.2008). Sollten nicht nur die Verluste, sondern auch die horrenden Gewinne der großen Banken und Versicherungen sozialisiert werden?

An Geld fehlt es wahrlich nicht, es muss nur anders verteilt und nicht sinnlos verpulvert werden, wie z.B. für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wie kein anderer Staat der Welt ist Deutschland wegen seiner Geschichte moralisch berechtigt und geradezu verpflichtet, sich aus jeglichen Kriegseinsätzen herauszuhalten.

Doch zurück zur bevorstehenden Rentenerhöhung. Sie ist in Wirklichkeit eine abgemilderte Rentensenkung. Dass nun aber auch im Regierungslager Unbehagen aufkommt angesichts der unverschämten Abzockerei bei den Renten und der dadurch ausgelösten und spürbar wachsenden Unzufriedenheit der Rentner, ist dennoch ein positives Signal. Dabei steht ein sich formierender Protest der Rentnergeneration noch am Anfang. Tragen wir dazu bei, dass die Herrschenden dieses Protestpotential auch über die nächsten Wahlen hinaus einkalkulieren und beachten müssen!

Gibt es was Neues?

Von Helmut Holfert, Mitglied des Beirates

Gehe ich durch mein Wohngebiet, so begegne ich Freunden und Bekannten, die um mein Engagement wissen, und sie stellen mir oftmals die Frage: »Helmut, was gibt es Neues?« Es ist nicht die Frage nach Einkaufspreisen, Sonderangeboten und dergleichen, es ist die uns alle bewegende Frage nach einer gerechten Rente. Somit verlängert sich bei mir dieser oder jener Gang ums Haus um viele Dutzende Minuten sehr zum Leidwesen meiner Frau, doch auch mit ihrem Verständnis, die Fragenden nicht allein gelassen zu haben. Gibt es nun wirklich etwas Neues, etwas, was uns für

unseren Kampf um die Rentengerechtigkeit Mut macht? Ich meine, so Vieles, dass es der Einzelne kaum noch überschauen kann.

Zuerst einmal etwas zu den verschiedenen Petitionen an den Bundestag, die in den letzten Wochen und Tagen auf den Weg gebracht wurden. Ausgelöst vom Landesseniorenarbeitskreis im DGB Berlin/Brandenburg, richtet sich der Protest gegen die Renten-Nullrunden und fordert eine Steigerung mindestens in Höhe der

Gibt es was Neues • Fortsetzung von S. 1

Inflationsrate, gegen eine drohende Altersarmut (eine Rente mit 67 wird sie garantiert bringen) und verlangt letztlich eine längst anstehende Angleichung des Rentenwertes-Ost an den Rentenwert-West. Wir wissen um den Minderbetrag von 3,18 € je Entgelpunkt – und das 18 Jahre nach der deutschen Einheit.

Warum setze ich das an die Spitze und nicht die uns übergestülpte Strafrete? Wie der erneute Gang nach Karlsruhe ganz sorgsam, gewissenhaft, wissenschaftlich fundiert und mit den richtigen Partnern gegangen wird, darüber wurde in den letzten drei Ausgaben von **ISOR aktuell** informiert, einschließlich des Briefes des Vorstandes an die Bundeskanzlerin. Was unsere TIG-Vorstände, die Betreuer in den TIG und jeder Einzelne zu diesen Petitionen dazu bisher leisteten, ist von unschätzbarem Wert, auch für uns Strafrentner. Warum? Mit alldem folgen wir nur dem Ruf der Bundeskanzlerin zum Aufzeigen der »Defizite Deutscher Einheit« und der unvermeidlichen Forderung nach deren Beseitigung. Ob sie so verstanden sein wollte, das sei dahin gestellt, wir klinken uns ein in die Probleme, die viele Rentner der Bundesrepublik bewegen, deren Erwerbsbiographien in der DDR geschrieben wurden und von denen, die auch nach 18 Jahren für zukünftige Rentenansprüche nur nach ostdeutschen, also minderen Maßstäben, arbeiten müssen oder dürfen, so es ihnen mit einem Arbeitsplatz gestattet wird. Aus diesem Grunde halte ich es für außerordentlich wichtig, Unterschriften nicht nur beim ISOR-Mitglied zu sammeln; der benachbarte Rentner, der Rentenanwärter, der vielleicht noch gar nicht so recht um sein zukünftiges »Glück« Bescheid weiß, sie alle sollten wir mit einbeziehen. Machen wir die Lage anhand der Tatsachen klar, so sind seine Unterschrift und die seiner Familie, seiner Bekannten wohl zu erhalten. Doch das Wesentliche sehe ich auch darin, dass wir uns Verbündete für die Zeit schaffen, in der wir unseren weiteren politischen Kampf nach einem hoffentlich positiven höchstrichterlichen Urteil zu organisieren haben. Denn ein solches Urteil wird die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht automatisch auf unseren Kurs bringen. Zum Verständnis zitiere ich dazu Kersten Naumann (DIE LINKE) aus »Dispute vom März: »Jetzt bin ich im Bundestag und Vorsitzende seines Petitionsausschusses. ... Wie oft kommt Hilflosigkeit auf, wenn ich nicht helfen kann. Noch so berechtigte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger scheitern an den Mehrheitsverhältnissen. Erhalte ich dann bittere Briefe, ... wie könnte denn ich als LINKE..., dann ist mir schon mal zum Heulen. Es gibt aber auch Erfolgsergebnisse.«

Nun zu den Bundestagsabgeordneten. Es hat schon Sinn die Abgeordneten seines Wahlkreises anzuschreiben und sie mit unseren Problemen,

die Rente betreffend, vertraut zu machen. Aus meiner Erfahrung und denen anderer weiß ich, dass es MdB gibt, die ehrlich sind und eingestehen, von diesen Problemen kaum etwas zu wissen.

Niedrigere Löhne und angeblich geringere Produktivität in den neuen Ländern müssen zur Begründung der Rentenwertunterschiede herhalten. Ähnliche Unterschiede zwischen den alten Bundesländern spielen in ihren Argumenten überhaupt keine Rolle. Ein FDP-Abgeordneter teilte mir mit: »Eine sofortige Erhöhung des Rentenwertes Ost – losgelöst von der Grundlage der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung – entspricht allerdings aus mehreren Gründen nicht den realen Erfordernissen.« Alles mündet letztlich in das Wehklagen, dass unsere Forderungen nur durch entsprechende Transferleistungen von West nach Ost zu realisieren wären. Deshalb sei angemerkt, dass von über zwei Millionen erwerbsfähigen Bürgern aus Ostdeutschland, die seit 1990 in die alten Bundesländer übersiedelten – 140.000 kommen jährlich dazu –, bzw. als Pendler dort arbeiten und diejenigen,

die im Osten in Unternehmen arbeiten, deren Sitz sich aber im Westen befindet, dass alle ihre Einzahlungen in die Gesetzliche Rentenversicherung-West fließen. Wer transferiert also wohin? Teilen wir diese Wahrheiten geduldig und sachlich den Abgeordneten unseres Umkreises mit, damit auch sie zu neuen Erkenntnissen angelegt werden. Unterstützen wir auch diejenigen unserer Freunde und Genossen, denen es aus Altersgründen und auch technischen Möglichkeiten schwerer fällt, ein solches Schreiben zu verfassen – ermuntern wir sie.

Ein Letztes sei abschließend von der Seele geschrieben. Viele sind wir; sind wir auch genug? Stehen nicht noch viele abseits, denen eine Strafrete bereits zugestanden wird oder denen sie noch droht? Unser letzter Weg ist finanziell höchst anspruchsvoll und wird es wohl auch noch bleiben. Zwei Fragen deshalb an die noch Abseitsstehenden: 1. Warum entzieht Ihr Euch der solidarischen Aktion? 2. Wer kann sich für solch einen moderaten Monatsbeitrag einen solch guten Anwalt, wie es ISOR bisher unbestritten war, leisten?

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Dr. Lothar Wellschmied berichtete, dass die amtlichen Daten zur Einkommensentwicklung in der NVA den beauftragten Gutachtern zugegangen sind. Damit ist die Bereitstellung von Daten für das sozialwissenschaftliche Gutachten zur Klärung der Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstruktur des MfS abgeschlossen.



Die vom Bundesverfassungsgericht angeforderte Stellungnahme zu einem Vorlagebeschluss betreffs § 6 Abs. 2 AAÜG wurde termingemäß übersandt. ISOR begründet in dieser Stellungnahme unseren Standpunkt – wie die anderen ebenfalls zur Stellungnahme aufgeforderten Sozialvereine auch – dass die Regelung des § 6, Absatz 2 verfassungswidrig ist.



Der Vorstand beschloss die Konzeption für eine Beratung Ende Mai 2008 zur Erläuterung der politischen und juristischen Schwerpunkte im Kampf gegen die Bestimmungen der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG, an der Vorstand und Beirat von ISOR, die Arbeitsgruppen und die TIG-Vorsitzenden teilnehmen werden.



Die Landesbeauftragten berichteten über die Lage in den einzelnen Ländern. Übereinstimmend stellten sie fest, dass die bevorstehende Wiederaufnahme des juristischen Kampfes von vorsichtigem Optimismus begleitet wird. Betont wurde die Notwendigkeit, die Mitglieder auf eine längere Auseinandersetzung einzustellen und sie weiter für das gemeinsame solidarische Handeln zu mobilisieren. Dem persönlichen Gespräch mit den Mitgliedern, der Gewinnung noch abseits Stehender und der entsprechenden Arbeit der Vorstände und Betreuer kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wichtig sei es auch, in geeigneter Weise an den Kämpfen für soziale Gerechtigkeit und zur Verbesserung der allgemeinen Lage der älteren Generation teilzunehmen.



Der Vorstand beschäftigte sich in einem gesonderten Tagesordnungspunkt mit der Wirksamkeit der Web-Seite des Vereins. Er konnte feststellen, dass der Internet-Auftritt von ISOR vor allem für die Außenwirkung unseres Vereins an Bedeutung gewinnt und einen beachtlichen Zuspruch findet. Die Arbeit an der Web-Seite soll deshalb noch wirkungsvoller mit der Tätigkeit des Pressesprechers koordiniert werden.



Aus unseren TIG



Erneut mit Erfolg fand mit den Beiratsmitgliedern und eingeladenen TIG-Vorsitzenden des Landes Mecklenburg-Vorpommern die schon zur Tradition gewordene jährliche Beratung in Kuhs, dieses Jahr am 1. März 2008, dem 52. Jahrestag unserer ehemaligen Volksarmee, statt.

Die Vorstandsmitglieder Siegfried Felgner und Horst Hartrampf beurteilten umfassend die gegenwärtige sozial-rechtliche und die politisch-juristische Lage, die weitere optimistische Hoffnung auf den rentenrechtlichen Erfolg zulässt. Getragen von dem Optimismus im Kampf um Rentengerechtigkeit und der Beurteilung der rechtspolitischen Situation wurde Bilanz gezogen. Einheitlich war die Auffassung der Teilnehmer, weiterhin und unablässig die Wirksamkeit des Kampfes in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen zu erhöhen. »Wir orientieren uns« – so die Auffassung – »sowohl auf die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts als auch auf die Rentangleichung Ost an West«. Nach fast 18jähriger deutscher Einheit sollte der Unterschied zwischen Ost- und Westbürgern beseitigt werden. Die neu eingeleiteten juristischen Aktivitäten mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg werden wir politisch flankierend geeignet unterstützen.

Betont wurde: Nur durch die Bewertung und die schlüssige Urteilsbegründung des BVerfG war der Gesetzgeber gefordert, die rechtlichen Grundlagen für die Verbesserung der Rentenbezüge zu beschließen.

Für 2008 wurde geschlussfolgert:

- Weiterhin eine stabile Bewegung im Rentengerechtigkeitskampf in den TIG sichern;
- Entfaltung einer breiten Initiative zur Abfassung und Versendung von Petitionen nach der Orientierung in **ISOR aktuell** 2/08;
- Gewährleistung der Arbeit der TIG-Vorstände und der finanziellen Sicherstellung des Vereins;
- Regelmäßige Analyseierung der Altersstruktur in den TIG-Vorständen und Sicherung der Ersetzbarkeit;
- Durchgängig mit der Erfolgsbilanz arbeiten;
- Struktur und Haushaltsführung im Blick halten, ständige Arbeit mit den Führungsunterlagen sichern, Termintreue halten.

Resümee der Beratung: Wir sehen mit Optimismus und Zuversicht in Mecklenburg-Vorpommern auf das Jahr 2008. Jeder personelle Erfolg in der Mitgliedergewinnung ist ein Stärkungsbeitrag für ISOR. Unser rentenrechtlicher Kampf ist durch das Grundgesetz gestützt. Die Wertneutralität der Rente ist unantastbar.

Walter Krüger, TIG Güstrow



Die TIG **Angermünde** hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 1. März zunächst den Jahrestag der NVA gewürdigt.

Es wurde Bilanz unserer Arbeit gezogen und dargelegt, wie es im Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts weiter geht. Dabei wurde besonders herausgearbeitet, dass neben den juristischen Schritten vor allem die politischen Aktivitäten verstärkt werden müssen. Die Notwendigkeit einer Vielzahl von Petitionen, auch durch Freunde und Bekannte, wurde hervorgehoben und die Muster für Petitionen erläutert und übergeben.

Fritz Langer



Im August 2007 hat der Vorstand der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** einen Appell an alle Mitglieder gerichtet. Er war in **ISOR aktuell** 08/07 abgedruckt. Nun haben wir ihn weiter mit konkreten Inhalten versehen und an die Mitglieder der TIG direkt herangetragen.

In allen Wohnbereichen von Hohenschönhausen wurde in den Monaten Dezember 2007 bis März 2008 in 13 Kiezversammlungen die gegenwärtige Lage und die konkreten künftigen Erfordernisse ausführlich erläutert. Es konnte verständlich gemacht werden, dass die nun vorhandenen, nicht widerlegbaren Fakten und die juristische Klarheit unsere Hoffnungsträger für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts sind. Deshalb ist die Geschlossenheit und der Zusammenhalt in unseren Reihen jetzt wichtiger denn je. Es kam daher besonders darauf an, reale und überzeugende Argumente zu vermitteln und die erforderlichen Zusammenhänge darzustellen. Den Auftakt gab die erste Kiezversammlung im Dezember 2007 mit Ausführungen von Prof. Dr. Horst Bischoff.

Die weiteren Veranstaltungen wurden in abgestimmten Redebeiträgen vom Vorsitzenden der TIG und dem Mitglied des Vorstandes Dr. Gerhard Dylla gestaltet.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass der direkte Kontakt und das persönliche Gespräch entscheidende Faktoren zur Inspiration und Motivation unserer Mitglieder sind.

Das gute Ergebnis und die positive Resonanz unserer Mitglieder rechtfertigen den relativ hohen Aufwand zur Organisation und Gestaltung dieser Versammlungen, auch wenn wir uns noch mehr Teilnehmer gewünscht hätten.

Verständlich ist auch der Wunsch unserer Mitglieder, solche Veranstaltungen in kürzeren Abständen durchzuführen. Leider ist das bei unserer großen TIG und dem schwierigen Raum-

problem nicht einfach. Dennoch sind wir angehalten, weiter nach Lösungen dafür zu suchen.

Herzlicher Dank gebührt unseren zuverlässigen und fleißigen Vorstandmitgliedern und Betreuern für die Organisation und Vorbereitung dieser Versammlungen.

Das Ziel für diese letzte und entscheidende Etappe ist eindeutig und klar.

Niemand und nichts kann und darf uns davon abhalten, diesen Kampf nun konsequent zu Ende zu führen. Deshalb sollte auch keiner mehr von diesem fahrenden Zug abspringen, wenn er weiß, dass es der »Letzte« ist.

Und die Bitte an alle »Nochnichtmitglieder« heißt, springt auf und fahrt mit.

Dafür ist es nicht zu spät.

Klaus Schlegel, Mitglied des Beirates



Die AG-Öffentlichkeit der TIG **Rostock** hat, die in **ISOR aktuell** 2/08 genannten Maßnahmen zum Schreiben von Petitionen zur Angleichung der Rentenwerte – Ost an die Rentenwerte – West zum Anlass genommen, um gemeinsam mit den Betreuern unsere Mitglieder und Sympathisanten für Unterschriften unter diese Petition zu gewinnen. Durch unsere Betreuer und Vorstandsmitglieder wurden bisher 1139 Unterschriften für diese Petition sowie 20 Einzelpetitionen gesammelt.

Außerdem wurden weitere 70 Petitionsvorlagen an Mitglieder, die nicht in Rostock wohnhaft sind, verschickt mit der Bitte, diese selbstständig an den Petitionsausschuss des Bundestages zu senden.

Wir werden die Listen und 20 Einzelpetitionen geschlossen an den Petitionsausschuss des Bundestages übersenden.

Lassen wir den Regierenden keine Ruhe, damit sie gezwungen werden, diese Rentenrechte zu beseitigen.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten für ihre gezeigte Solidarität und bei den Betreuern für die fleißige Arbeit.

Horst Zöllick



Wir unterstützen den Brief des Vorstandes an die Bundeskanzlerin, in dem sie aufgefordert wird, das Rentenunrecht zu beseitigen. Zum Jahresbeginn erfuhren wir von der Absicht der Kanzlerin, Mängel der Rentenüberleitung zu prüfen und eine Klärung herbeizuführen. Der Vorstand unserer TIG **Magdeburg** teilte Frau Merkel mit, dass wir diese Absicht begrüßen. Er forderte, die willkürliche Kürzung erworbener Rentenansprüche durch die §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG zu beseitigen. An die Fraktionen des Bundestages schrieben wir, dass sie die Kanzlerin unterstützen mögen.

>>> Fortsetzung auf Seite 4

Aus unseren TIG • Fortsetzung von S. 3

Die Antworten waren sehr aufschlussreich.

Die FDP und Bündnis90/Grüne antworteten, dass sie keinen Handlungsbedarf sehen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD und das Sozialministerium lehnten es ab, sich für die Beseitigung der politisch motivierten Kürzung erworbener Rentenansprüche einzusetzen. Als Begründung dienen die bekannten Argumente, dass das Urteil des BVerfG vom 22.06.04 umgesetzt worden sei.

Aus den Antworten ist zu erkennen, dass der politische Wille fehlt, das Rentenrecht zu beseitigen. Uns bleibt nur der Weg zum BVerfG. Das heißt aber nicht, den politischen Kampf für die Verbesserung der Lage der Rentner, besonders in den neuen Bundesländern, einzustellen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, möglichst viele Mitglieder unserer TIG für die Unterzeichnung der drei Petitionen (ISOR aktuell 2/08) zu gewinnen. **Siegfried Korth, Mitglied des Beirates**



Auf der Grundlage des Arbeitplanes fand in unserer TIG Erfurt am 18.03.08 eine der vierteljährlichen Beratungen mit unseren Kassierern statt. Diesmal hatte der Vorstand neben organisatorischen Problemen den Kampf des MfS gegen Naziverbrechen zum Inhalt gemacht. Dazu machte Rolf Boller, Mitglied unseres Vorstandes, Ausführungen. Anhand konkreter Namen und Sachverhalte wies er nach, dass die Untersuchungsorgane des MfS unseres Bezirkes 22 Straftäter zur Verurteilung durch die Gerichte der DDR zuführen konnten.

Es handelte sich um untergetauchte frühere Angehörige der SS und des SD. Zu dieser Tätigkeit stehen wir auch in unserem heutigen Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Unter den 60 Teilnehmern waren außer dem Vorstand und den Kassierern weitere interessierte Mitglieder und eingeladene Personen. Wir haben festgestellt, dass die Art der Zusammenkunft zweckmäßig ist und die Bereitschaft zur Mitarbeit in unserer Organisation weiter erhöht.

Hans-Joachim Baumann

**Buchvorstellung in Löbau**

In einer gemeinsamen Veranstaltung von ISOR, GRH, BRH, DBwV-Ost, DIE LINKE und dem Ausrichter, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., stellten die beiden Freunde Klaus Eichner und Gotthold Schramm in Löbau am 27. März ihr Buch »Angriff und Abwehr« vor. Die aufschlussreichen Einführungserläuterungen zum Buch und die Informationen zu dem im April erscheinenden Konferenzband zur Konferenz in Odense/Dänemark wurden von den ca. 80 Zuhörern sehr aufmerksam verfolgt. So war es auch nicht verwunderlich, dass die anschließende Diskussion vom verständlichen Interesse an einer wahrheitsgemäßen Darstellung der DDR-Geschichte

und seines Geheimdienstes getragen war. Eine Veranstaltung, die noch lange nachwirken wird und den Teilnehmern wertvolle Erkenntnisse vermittelte. Deshalb ein großes Dankeschön an beide Insider und Herausgeber zugleich. Gleichzeitig wurden 92 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag zur Herbeiführung einer längst fälligen Rentengerechtigkeit gesammelt.

Werner Triegel

Bei anderen gelesen:**DBB-Chef Peter Heesen appelliert an Bundeskanzlerin: Renten anpassen!**

»Ich appelliere an Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Altersversorgung der Menschen in den neuen Bundesländern so schnell wie möglich an das Niveau im Westen anzugeleichen und auch die weitergehenden Ungerechtigkeiten bei bestimmten Menschengruppen zu beseitigen. Meines Erachtens wäre dies ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit.« .. Aus BRH AKTUELL 017/08

**BRH: Rentenkürzungen für ehemalige Minister der DDR verfassungswidrig**

Das Bundesverfassungsgericht hat dem BRH Gelegenheit gegeben, sich zu einem Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Berlin zu äußern. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Rentenkürzungen für einen ehemaligen Minister der DDR, beruhend auf § 6 Abs. 2 AAÜG, verfassungswidrig sind. Der Kläger, er fungierte jahrzehntelang als Landwirtschafts- und Umweltminister der DDR, erhielt ohne die Kürzung eine monatliche Rente in Höhe von 1.800 Euro. Diese Rente wird durch die genannte Vorschrift auf 1.200 Euro gekürzt. Die angefochtene Vorschrift ist aus der Sicht des BRH als gleichheitswidrig anzusehen. »Wenn es dem Gesetzgeber bis zum heutigen Tag nicht gelungen ist, Privilegien bei der Vergütung dingfest zu machen, dann wird er das auch in Zukunft nicht können. Das BVerfG sollte dem Gesetzgeber deutlich machen, dass für Kürzungen dieser Art generell keine Rechtfertigung mehr besteht, so der BRH in seiner dem BVerfG übermittelten Stellungnahme.

Aus BRH AKTUELL 017/08

* * *

Rentenerhöhung muss Preissteigerungen ausgleichen

»Die vorgesehene Erhöhung der Renten um 1,1 Prozent ist zu wenig. Notwendig ist ein deutliches Plus, um wenigstens die Preissteigerungsrate auszugleichen.« Das erklärte der Präsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volksolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, zu den Meldungen über die geplante Rentenerhöhung in diesem Jahr.

»Es kann nicht so weitergehen, dass die Rentner immer nur zur Kasse gebeten werden«,

betonte der Verbandspräsident mit Hinweis auf Fakten wie Mehrwertsteuererhöhung, Preiserhöhungen für Lebensmittel, Energie, Wohnen und andere. »Sie erhalten keine Entlastungen – im Unterschied zu den Beschäftigten, deren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgesenkt wurden. Damit sind die Rentner die einzige Gruppe in der Bevölkerung, die komplett vom wirtschaftlichen Aufschwung abgehängt wird.« Die Forderung nach einer lohnorientierten Rentenanpassung mit Inflationsschutz sei daher vernünftig und verdiente Unterstützung.

Winkler sagte, es sei nicht zu akzeptieren, dass die Rentner nach drei »Nullrunden« (2004–2006) und einer Mini-Rentenerhöhung 2007 um 0,54 Prozent, im Jahre 2008 erneut mit einer nur geringen Rentenerhöhung weit unter der Preissteigerungsrate von 2,3 Prozent (2007) abgespeist werden sollen. »Renten können wieder stärker steigen, wenn auch Löhne und Gehälter wieder stärker anwachsen. Dabei ist zu beachten, dass die Lohnbezogenheit der Rentenanpassungen schon lange durch Dämpfungsfaktoren (Nachhaltigkeitsfaktor, Riester-Treppe, Nachholfaktor) durchlöchert ist. Diese Dämpfungsfaktoren müssen ausgesetzt oder – besser – ganz abgeschafft werden.«

Der Verbandspräsident machte darauf aufmerksam, dass die Situation im Osten dadurch verschärft wird, dass die gesetzlichen Renten nahezu die einzigen Alterseinkünfte der ostdeutschen Rentner darstellen. »Daher ist die Forderung berechtigt und zu unterstützen, dass der Rückstand beim Rentenwert Ost (12,1 Prozent) wenigstens durch steuerfinanzierte Zuschläge ausgeglichen werden sollte.«

Presseinformation 16/08 der Volkssolidarität

Aus der Postmappe:

Nach Jahren des Kampfes um Umsatz, Kosten senkung und Gewinnmaximierung für ein großes Versicherungsunternehmen ist es wohltuend jetzt zu Beginn der so genannten 3. Lebensphase, sich im Kreise Gleichgesinnter auszutauschen und unmittelbar teilzunehmen am Kampf um Rentengerechtigkeit. Mehr als 14 Jahre habe ich als Mitglied von ISOR die vielfältigen Initiativen und Anstrengungen unserer Initiativegemeinschaft um Rentengerechtigkeit über die TIG Schwerin verfolgt und mit Beiträgen und Spenden unterstützt – mehr aber auch nicht. Jetzt, nach Rückkehr in die „Alte Heimat“, will ich mich aktiver in unserem gemeinsamen Kampf einbringen.

Warum? Mit dem 1. AAÜG-ÄndG in Folge des BVerfG-Urturts vom Juni 2004 wurde auch ich aus der Rentenstrafe nach Paragraph 6 Abs. 2 entlassen. Das ist ein großartiger Erfolg im Ergebnis der zielgerichteten Arbeit des Vor-

>>> Fortsetzung auf Seite 5

>>> Fortsetzung von Seite 4

standes, vieler aktiver Mitglieder und fähiger kompetenter Juristen.

Ich sage einfach: DANKE! Aber was ist mit den noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen? Sollen sie allein weiterkämpfen? Nein und nochmals Nein! Die Betroffenen brauchen jetzt mehr denn je die Unterstützung und Solidarität der Nichtbetroffenen.

Und was werde ich tun?

- > Gewinnung neuer Mitglieder, Sympathisanten und Unterstützer
- > Aktive Teilnahme an Petition-Aktionen
- > Unterstützung des Landesbeauftragten bei den TIG

> Aktive Teilnahme am Leben und Wirken
meiner TIG Schwerin

Die Berufung in den Beirat durch den Vorstand ist mir bei meinem zukünftigen Engagement Ehre und noch mehr Verpflichtung! Wir können unser Ziel erreichen, und ich will dabei sein.

Manfred Jonischkies



Es ist mir ein Bedürfnis, mich für die Aufmerksamkeit und Zustimmung zu bedanken, die ich von vielen Mitgliedern unserer Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Herausgabe meines Buches »Zeitzeichen – 40 Jahre in Spionageabwehr und Aufklärung« (Kai Homilius Verlag, Christburger Straße 4, 10405 Berlin) erhalten.

Ich betrachte es als ein Zeichen der Solidarität im Kampf um die Wahrheit, gegen politische Willkür der Herrschenden gegenüber Mitarbeitern des MfS, die nichts anderes getan haben, als den Auftrag zu erfüllen, ihren Staat zu schützen.

Heinz Geyer, Hoppegarten



Nachfolgenden Leserbrief sandte unser Freund Heini Koch aus Mihla an die Bild-Zeitung und andere Medien:

Bitte keinen Generationenkrieg

Und wieder heißt es in bestimmten Medien, die Rentner beuteten die nächste Generation aus. Was ist das für ein Unsinn. Gleichzeitig

>>> Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:**Zum 94. Geburtstag**

Kurt Koch, Suhl

Zum 93. Geburtstag

Elfriede Ache, Suhl
Willi Michel, Pdm.-Zentrum

Zum 88. Geburtstag

Margarete Callmuth, Bln.-Mitte
Paul Greiling, Bad Langensalza
Friedrich Hoppe, Bln.-Pankow
Gertrud König, Görlitz
Margarethe Püttker, Magdeburg
Kurt Schulze, Güstrow
Heinz Sievert, Bln.-Li'berg

Zum 87. Geburtstag

Meta Lüddecke, Magdeburg
Willi Pächer, Chemnitz
Willi Winkler, Halle
Werner Zingelmann,
Neubrandenburg

Zum 86. Geburtstag

Kurt Bloßfeld, Hettstedt
Otto-Karl Brosche, Bln.-Treptow
Heinz Gneuß, Rostock
Martha Hille, Schwerin
Ilse Kiehl, Bln.-Fr'felde
Horst Klupsch, Löbau
Herbert Kuna, Bln.-Köpenick
Heinrich Mutschler, Rostock
Werner Olbrich, Dresden
Josef Opl, Bln.-Fr'hain
Wanda Prietz, Lübben
Margarete Rettig, Bln.-Marzahn
Ilse Schebesta, Bergfelde
Günter Wolter, Bln.-Fr'hain

Zum 85. Geburtstag

Heinz Eckert, Bln.-Marzahn
Herbert Gasch, Bln.-Hhsn.
Gerda Günther, Leipzig
Ernst Haack, Sachsenhausen

Alfred Helm, Chemnitz

Wolfgang Reinhold, Bad Saarow
Harri Rüger, Rostock

Zum 80. Geburtstag

Fritz Bassüner, Belzig
Heinz Bollack, Erkner
Herbert Brosch, Bln.-Marzahn
Sigrid Echtermeyer, Pdm.-Zentrum
Waltraud Eltze, Bln.-Fr'felde
Egon Engelmann, Bln.-Marzahn
Rudolf Freitag, Prenzlau
Erwin Gehrmann, Frankfurt/O
Hermann Glöckner, Dresden
Werner Grusa, Aschersleben
Lothar Gruß, Weißenfels
Elsbeth Günzel, Bln.-Fr'felde
Margot Haftenberger, Bln.-Li'berg
Ingeburg Hillmann, Eggersdorf
Heinz Höch, Leipzig
Margitta Hoffmann, Altenburg
Günter Hofmann, Riesa

Herbert Keil, Bln.-Treptow
Paul Kessel, Bad Liebenwerda
Marga Kozerka, Bln.-Karlshorst
Eduard Kreissl, Altenburg
Werner Kunze, Glienicker/Nordbahn
Christa Lucks, Bln.-Hhsn.
Siegfried Mackeldey, Arnstadt
Heinz Mazander, Cottbus
Hermann Meyer, Erfurt
Hans-Peter Michalke, Bln.-Treptow
Arno Müller, Bln.-Treptow
Roland Müller, Plauen
Olli Mumme, Rostock
Gerhard Peyerl, Chemnitz
Heinz Rothe, Cottbus
Harry Rüdiger, Bln.-Fr'felde
Horst Rump, Pdm.-Schlaatz
Valerie Sawallisch, Aschersleben
Hans Sawatzki, Hoyerswerda
Edith Schielmann, Neubrandenburg

Günther Schlimpert, Bln.-Köpenick

Bernhard Schmidt, Bln.-Fr'hain

Fritz Schulz, Cottbus

Dr. Günter Sens, Neu Boltenhagen

Georg Steiger, Leipzig

Günter Stiller, Schleiz

Adelheid Tschirpke, Dresden

Henry Werner, Potsdam

Manfred Wolff, Pdm.-Babelsberg

Zum 75. Geburtstag

Günter Berbig, Jena
Renate Bergner, Leipzig
Ilse Bibl, Chemnitz
Hans Bliefner, Merseburg
Rolf Bloß, Dresden
Brigitte Brachlow, Bln.-Treptow
Helene Brillat, Bln.-Marzahn
Willibald Brückner, Hildburghausen
Margit Czesnat, Pdm.-Zentrum
Manfred Dreyhaupt, Chemnitz
Helmut Ebert, Wolmirstedt
Horst Esche, Chemnitz
Helga Fischer, Potsdam
Elli Franz, Pirna
Ludwig Friedrich, Bln.-Pankow
Thea Fuchs, Bln.-Li'berg
Rolf Georgi, Aue/Schwarzenberg
Kammila Grüner, Chemnitz
Helmut Hahn, Zittau
Dieter Hannusch, Leipzig
Helmut Hartmann, Bln.-Mitte
Josef Hausmann, Schwerin
Siegfried Hensel, Löbau
Rolf Herrmann, Bln.-Li'berg
Anna Höfle, Bln.-Köpenick
Rolf Hölzel, Bln.-Marzahn
Hildegard Höno, Cottbus
Wolfgang Jacob, Wolfen
Gerhard Jauck, Bln.-Li'berg
Hanna Jeschke, Bln.-Fr'hain
Heinz Kacprzyk, Bln.-Fr'felde

Günter Kalbitz, Bln.-Fr'hain

Günter Koppe, Bln.-Hhsn.

Kurt Krätzig, Bln.-Li'berg

Günther Kraft, Dresden

Manfred Kubis, Bln.-Fr'hain

Eva Kunth, Leipzig

Klaus Kunkel, Pdm.-Stern

Inge Löther, Bln.-Li'berg

Günter Matz, Strausberg

Friedrich Meinel, Bln.-Hhsn.

Otto Michalski, Halberstadt

Renate Moritz, Bützow

Rainer Moschke, Bischofswerda

Renate Mühlstein, Halle

Egon Müntzel, Bln.-Pankow

Waltraud Nilius, Bln.-Mitte

Erwin Pecher, Bln.-Hhsn.

Waltraud Peters, Bln.-Li'berg

Henry Pöche, Bln.-Hhsn.

Walter Rockätschel, Cottbus

Manfred Rohr, Neuenhagen

Gerd Röseberg, Cottbus

Klaus Rosentreter, Leipzig

Ingrid Rudolf, Schwerin

Horst Rudolph, Bln.-Hhsn.

Gertrud Sacher, Chemnitz

Dr. Horst Schmidt, Pdm.-Nedlitz

Günter Schmidt, Coswig/Anhalt

Gerda Schock, Rostock

Ilse Schrade, Hohen Neuendorf

Berthold Schubert, Bln.-Weißensee

Kurt Stoye, Magdeburg

Werner Straube, Dresden

Karl Tessmer, Frankfurt/O

Karl Treff, Eilenburg

Herbert Vogel, Bln.-Hhsn.

Karl-Heinz Weiß, Bln.-Prenzl. Berg

Helga Weitermann, Sparnberg

Heinz Wichert, Borkheide

Helga Witt, Bln.-Köpenick

Arthur Wurch, Salzwedel

>>> Fortsetzung von Seite 5

heißt es aber auch, die Kaufkraft der Rentner sei gesunken. Was leider stimmt, wenn man die Entwicklung der Rentenzahlungen und die steigende Inflationsrate miteinander vergleicht. Es kann also keine Rede davon sein, dass Eltern auf Kosten der Jungen leben. Die Älteren haben sich ihre Versorgung hart erarbeitet. Sie haben das Land aus Schutt und Asche wieder aufgebaut, und zwar unter wesentlich schlechteren Bedingungen als heute. Es gab keine 40-Stunden-Woche, keinen freien Sonnabend und viele Sozialleistungen, an die sich die Bürger heute gewöhnt haben, waren unbekannt. Die Älteren erhalten jetzt die Leistungen, die man ihnen während der Erwerbstätigkeit versprochen hat und im Osten nicht einmal alle. Wenn sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Arbeitenden und Älteren verändert hat und immer weiter verändert, dann setzt sich eine Entwicklung fort, die es seit Jahrzehnten gibt und die voraussehbar war. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen auf einen Rentner fast sechs Erwerbstätige, die in die Rentenkassen einzahltan, schon in den 70er Jahren waren es deutlich weniger, dennoch hat das Rentensystem funktioniert.

Aber damals wurden noch genügend Kinder geboren, und wenn der Anteil der Alten ständig wächst, dann liegt das in erster Linie daran, dass die heutige mittlere Generation – aus welchen Gründen auch immer – zu wenig Kinder hat und die Zahl der Arbeitenden, die in die Rentenkassen einzahlen durch Arbeitslosigkeit usw., immer weniger wird. Aber daran sind wir Rentner nicht Schuld. Im Gegenteil, die Rentner haben durch Nullrunden usw. ihren Teil zur Sanierung der öffentlichen Kassen schon viel in den letzten Jahren beigetragen.

AG Recht informiert:

Uns erreichten eine Anzahl von Anfragen zu einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 20.07.2005 (Az.:B 13 RJ 17/04 R), über das die regionalen Medien auch umfassend berichtet haben.

Was ist der Inhalt der Entscheidung und wer ist davon betroffen?

Die Entscheidung betrifft ausschließlich Bestandsrentner (Rentenbeginn vor dem 01.01.1992), deren Renten Kindererziehungszeiten enthalten und diese Renten mit einem Auffüllbetrag gezahlt wurden. Dabei war Auffüllbetrag die Differenz zwischen einem im Dezember 1991 gezahlten höheren Rentenbetrag und einem niedrigeren Monatsbetrag, der sich am 31.12.1991 aus den zu diesem Zeitpunkt ermittelten persönlichen Entgeltpunkten ergab. Der Auffüllbetrag wurde mit den jährlichen Rentenanpassungen verrechnet. Das BSG hat diese Praxis der schrittweisen »Abschmelzung« des Auffüllbetrages bestätigt aber gleichzeitig festgestellt, dass eine Verrechnung auch mit den Beträgen, die sich aus der Höherbewertung der Kindererziehungszeiten zum 01.07.2000 ergaben, fehlerhaft war.

Absender

Versicherungsnummer

Anschrift des Rentenversicherungsträgers

Antrag auf Überprüfung der Abschmelzung des Auffüllbetrags/Rentenzuschlags zum 01.07.2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage die Überprüfung meiner rente im Hinblick auf die Entscheidung des BSG vom 20.07.2005 (Az.: B 13 RJ 17/04 R).

Es wird um Korrektur der zum 01.07.2000 erfolgten Abschmelzung des in der Rente enthaltenen Auffüllbetrages/Rentenzuschlages dahingehend gebeten, dass dieser Betrag nicht im Umfang des sich zum 01.07.2000 ergebenden Erhöhungsbetrages nach § 307 d SGB VI abgeschmolzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ANNI ARNDT, Rostock
 BOGOSLAV BARTOSIK, Bln.-Hhsn.
 WALTER BERGER, Bln.-Fr'felde
 BERNHARD BÖHME, Wensickendorf
 TRAUDE BRANDT, Bln.-Prenzl. Berg
 PETER DREHER, Zittau
 HEINZ FRIEDRICH, Chemnitz
 GÜNTER GRABOW, Pdm.-West
 MANFRED HENSEL, Reichenbach/Vogtl.
 HASSO JOHN, Magdeburg
 GABRIELE KEILIG, Bln.-Fr'hain
 HELMUT LAVAL, Petershagen
 WILLI LEHNORT, Chemnitz
 KARL MACH, Gera
 PAUL MERGNER, Leipzig
 WALTRAUT OECKNICK, Wandlitz
 HORST POHL, Cottbus
 KLAUS SANDER, Pdm./Waldstadt
 KURT SCHRÖDER, Schwerin
 GERHARD SCHWANENBERGER, Borsch/Rhön
 FRANZ STAHL, Gardelegen
 HILDE VONNOH, Quedlinburg
 ERNST WAGNER, Cottbus
 ROLF WALLNER, Leipzig
 KURT ZÖRNER, Prora

Ehre ihrem Andenken

Renten, die nach dem AAÜG berechnet wurden – das betrifft alle Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme – enthielten keine Auffüllbeträge, sie sind demzufolge von der Entscheidung nicht betroffen. Ausnahmen sind nur bei denjenigen Versicherten möglich, die vorzeitig aus einem Zusatz- und Sonderversorgungssystem ausgeschieden sind und zuletzt der SV der DDR angehörten. Nutzen können auch nur jene ziehen, die zu ihrer Rente noch jetzt einen Auffüllbetrag erhalten oder in den vergangenen vier Jahren erhalten haben bzw. Bezieher von Hinterbliebenenrenten sind.

Was ist von den Betroffenen zu tun?

Es wird empfohlen, einen Antrag nach folgendem Muster zu stellen (siehe Kasten links).

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.03.2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.04.2008

Einstellung im Internet: 09.05.2008

Auslieferung: 15.05.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
 Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
 Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr